Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 53. **Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich** Telephon Nr. 53.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigaben täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund", wöchentlich die landwirtschaftliche Beilage „Rhein Bauernfreund" und das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das Illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden. —

Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile 70 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 6½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 640. | Redaktion Jos. Grunau. | Samstag, 22. November 1913. (Cäcilia.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß. | 40. Jahrgang.

(.) Die Frage des Religionsunterrichts für ländliche Fortbildungsschulen

von Oberlandesgerichtsrat Marx, Düsseldorf.

In den ländlichen Gemeinden von Rheinland und Westfalen ist z. Zt. die Frage brennend geworden, ob Fortbildungsschulen und zwar solche mit Schulzwang eingerichtet werden sollen. Auch diejenigen Gemeinden, die bereits ländliche Fortbildungsschulen bis jetzt eingerichtet hätten, werden vor die Frage gestellt werden, ob sie für die Zukunft mit dem Zwang zum Besuche für die in Betracht kommenden jungen Leute ausstatten wollen. Die katholische Bevölkerung ist voll und ganz davon überzeugt, daß für die Jugend die Gewinnung möglichst guter und möglichst vielseitiger Kenntnisse erforderlich ist, daß die Gemeinden alles daran setzen müssen, um der Jugend die für das Leben erforderlichen und nützlichen Kenntnisse zu verschaffen. Gerade die Landjugend soll in keiner Weise in kultureller Beziehung zurückgesetzt werden. Der katholische Volksteil ist aber darin einig, daß es mit der Vermittlung von Kenntnissen nicht genug ist, daß vielmehr durch die Schulen jeglicher Art auch an der Erziehung der sie besuchenden Jugend gearbeitet werden soll. Eine Erziehungsarbeit kann aber nur dann mit vollem Erfolge geleistet werden, wenn auch der wichtigste Erziehungsfaktor, die religiöse Unterweisung zu ihrem vollen Rechte kommt. Leider wird diese Auffassung nicht von der preußischen Staatsregierung geteilt, die vielmehr in dieser Beziehung allzusehr liberalen Einflüssen ein geneigtes Ohr schenkt.

Die Staatsregierung hat sich seit je in der entschiedensten Weise gegen die Einfügung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen sowohl der gewerblichen wie der ländlichen erklärt. Vergebens waren die Versuche der Centrumspartei, in das Gesetz vom 19. Mai 1913, das den Schulzwang für die ländlichen Fortbildungsschulen in Rheinland-Westfalen und einigen anderen Provinzen einführen will, eine Bestimmung einzufügen, die dem Religionsunterricht die ihm zukommende Stellung im Lehrplan der Fortbildungsschule einzuräumen geeignet war. Die Staatsregierung bekämpfte die Bemühungen der Centrumspartei mit dem Hinweis, daß es sich um ein Gesetz über den Schulzwang handele, und deshalb in ein solches nicht Bestimmungen über den Lehrplan aufgenommen werden könnten.

Der Landwirtschaftsminister erklärte in der Kommission des Herrenhauses ausdrücklich, „daß es den einzelnen Gemeinden bei der Einrichtung der Fortbildungsschulen bezüglich des Religions-Unterrichts überlassen werden könnte, besondere Bestimmungen zu treffen." Zweifellos haben sich durch diese Erklärung eine Reihe von Abgeordneten namentlich der konservativen Partei bestimmen lassen, die Anträge der Centrumspartei nicht weiter zu unterstützen. Sie konnten doch angesichts dieser unzweideutigen Erklärung vom Ministertisch annehmen, daß überall, wo die Verhältnisse es verlangten und wo die Gemeinden einen dahingehenden Entschluß faßten, der Religionsunterricht auch in den Lehrplan der Fortbildungsschule aufgenommen werden könnte. Nur auf diese Weise würde der Religionsunterricht als vollberechtigter Unterrichtsgegenstand neben die anderen Fächer treten und es auch ermöglicht sein, den Geistlichen als vollberechtigtes Mitglied in den Lehrkörper der Fortbildungsschule aufzunehmen.

Um so berechtigtere Erregung mußte es verursachen, als die ministerielle Ausführungsanweisung zum Gesetz die Einfügung des Religionsunterrichts ausdrücklich für unzulässig erklärte. Noch nie ist wohl ein Ministerwort in einer solchen Weise durch eine Ausführungsanweisung verwirklicht worden. Es wird demgegenüber die Frage aufzuwerfen sein, wie sich die Gemeinden der Einführung der Zwangsfortbildungsschule gegenüber zu verhalten haben. Wiederholt ist die Frage auf den verschiedenen Parteitagen der Rheinprovinz, auf zahlreichen Versammlungen, zuletzt auch auf dem Parteitag der westfälischen Centrumspartei am 19. d. M. behandelt worden: Ueberall waren die Anhänger der Centrumspartei einmütig der Ansicht, daß man bei der Wichtigkeit der Frage und gegenüber dem unbegreiflichen Vorgehen der Regierung ein entschlossenes und einmütiges Vorgehen der Gemeindevertreter verlangen und erwarten müssen.

Die bisher einmütig gestellten Forderungen an die auf dem Boden der Centrumspartei stehenden Gemeindevertreter sind folgende: Trotz der Ausführungsanweisung der Minister, die in keiner Weise im Stande ist, etwas anderes anzuordnen, als das Gesetz zuläßt, sollen die Gemeindevertreter erklären: „Wir sind grundsätzlich für die Einrichtung einer ländlichen Fortbildungsschule. Wir können aber den Schulzwang für eine solche mit gutem Gewissen nur dann einführen, wenn der Unterricht auf der Fortbildungsschule den Anschauungen des christlich gläubigen Volkes entspricht. Wir geben deshalb zu dem die Einführung des Zwanges begründenden Statut nur unter der Bedingung unsere Zustimmung, daß in den Lehrplan der Fortbildungsschule der Religionsunterricht als vollberechtigter Lehrgegenstand aufgenommen wird."

Wenn die Regierung dann unter Hinweis auf die Ausführungsanweisung diese Behandlung des Religionsunterrichts ablehnt, dann sollen die Gemeindevertreter beschließen: „Mit Rücksicht darauf, daß die Regierung trotz der zunehmenden Verrohung der Jugend es ablehnt, dem Religionsunterricht die ihm gebührende Stellung im Lehrplan der Fortbildungsschule einzuräumen, lehnen wir trotz unserer grundsätzlichen Anerkennung der Zweckmäßigkeit einer ländlichen Fortbildungsschule die Einführung des Schulzwangs ab."

Die Regierung mag dann die Verantwortung für die Vereitlung der Absicht des Gesetzes und für die Nichteinführung des Schulzwangs tragen. Das Centrum wird schon dafür sorgen, daß bei den demnächst beginnenden Landtagsverhandlungen die Frage völlig geklärt wird. Jedenfalls ist anzuraten, daß die Gemeinderäte vor diesen Verhandlungen im Landtag den Zwang zum Besuch einer Fortbildungsschule ohne ausreichenden Religionsunterricht nicht festlegen. Ohne Zustimmung des Gemeinderats kann der Schulzwang unter keinen Umständen eingeführt werden.

Auf jeden Fall müssen die Gemeindevertreter auch dafür sorgen, daß für die Fortbildungsschule ein besonderes Kuratorium eingerichtet wird, in dem auch dem Geistlichen die ihm zukommende Stelle eingeräumt wird.

Durch mehrfach beschlossene Resolutionen werden die Gemeindevertreter endlich noch aufgefordert, sich bei der Beschlußfassung ausdrücklich das Recht vorzubehalten, durch einfachen Beschluß, ohne Genehmigung einer anderen Instanz die etwa eingerichtete Schule oder auch den Schulzwang für dieselbe jederzeit wieder aufzuheben. Mit dieser Bedingung würden die Gemeinderäte etwas an sich Selbstverständliches sagen. Denn nach übereinstimmender Ansicht kann eine Fortbildungsschule, auch wenn durch Statut der Zwang für dieselbe begründet worden ist, jederzeit durch einfachen Gemeindebeschluß wieder aufgehoben werden. Das Ministerium hat sich bei der Beratung des Gesetzes so zweideutig verhalten und ausgelassen, daß es sich selbst die Schuld beizumessen hat, wenn nunmehr Mißtrauen vorhanden ist und man versucht, auf jede Weise das Recht der Gemeinde zu wahren und sicher zu stellen.

Mögen unsere Gemeindevertreter die entscheidende Bedeutung des Augenblicks erkennen und würdigen und in vollstem Maße ihre Pflicht tun! Sie sind Vertreter der Gemeinde, das müssen sie sich jederzeit vor Augen halten, und nicht Vertreter der Ansicht der Regierung, namentlich nicht, wenn diese mit der Ansicht weiter christlicher Volksteile im Widerspruch steht.

TIK. Zentralheizung und „trockene Luft."

(Nachdruck verboten.)

Die Sitte, Mietwohnungen mit Zentralheizungen auszustatten, hat heute eine weite Ausdehnung angenommen. Ein Beweis dafür, wie sich diese Anlagen das Feld erobert haben und auch in Zukunft behaupten werden, ist die Tatsache, daß alljährlich ungefähr 300 bis 400 Millionen Mark für die zentrale Lieferung von Wärme und Warmwasser ausgegeben werden, wovon auf Deutschland allein 80 bis 100 Millionen Mark entfallen. Wenn wir heute einerseits in vielen Großstädten ganze Stadtteile antreffen, in denen die Wohnungen fast ausnahmslos mit zentraler Heizung und einheitlicher Warmwasserversorgung eingerichtet sind, so sind doch andererseits allerlei Bedenken gegen die Einführung der Zentralheizung erhoben worden. Der Hauptvorwurf besteht darin, daß behauptet wird, sie erzeuge im Zimmer eine die Atmungswege reizende trockene Luft. Diese Ansicht ist durchaus irrig. Es läßt sich zunächst theoretisch einwandfrei nachweisen, daß kein Heizungssystem, weder die Ofen- noch die Zentralheizung, die Luft austrocknen kann. Durch umfangreiche Untersuchungen ist nachgewiesen, daß die für das Wohlbefinden von Menschen zuträglichste Feuchtigkeit eine nur geringe ist und für normale Verhältnisse etwa 30 bis 40 Grad betragen soll. Dieser Feuchtigkeitsprozentsatz wird in mit Warmwasserheizung versehenen Räumen nirgends unterschritten, wobei freilich eine gute Bedienung und Behandlung der Heizungsanlage Voraussetzung ist.

Die Zentralheizung bildet bekanntlich ein geschlossenes System, dessen Bestandteile, aus Eisen zusammengesetzt, keinerlei Luft oder Gase durchlassen können, sondern einfach die Wärme an die Räume übertragen. Die mitunter zu verspürende, anscheinende Lufttrockenheit ist auf zwei Nebenursachen zurückzuführen, nämlich erstens auf das Ueberhitzen der Räume und zweitens auf den Staub, der sich auf den Oberflächen der Heizkörper ablagert und bei höheren Temperaturen teilweise geröstet wird. Auch die hinter und über den Heizkörpern häufig auftretende Schwärzung lichter Wände ist nichts weiter, als eine Staubablagerung. Lediglich dadurch, daß die Luft mit versengtem Staub erfüllt ist, wird die unangenehme Empfindung in den Atmungswegen hervorgerufen. Während einerseits die Wohnungen nicht prächtig und groß genug angelegt werden können, finden sich andererseits in den kleinen Fensterkammern, die die Heizkörper der Zentralheizung umschließen, häufig wahre Unrathaufen vor. Niemanden fällt es ein, dort nachzusehen und aufzuräumen. Fingerdick lagert der Staub auf den Heizkörpern; verdorrte Fliegen und Mücken haben hier ihr Grab gefunden. Unzählige Spinnengewebe hängen in den Ecken, und noch mancherlei andere Unreinlichkeiten kann man wahrnehmen. Es ist daher unbedingt erforderlich, daß man der Reinigung der Heizkörper sorgfältigste Aufmerksamkeit zuwendet, um für einen angenehmen Aufenthalt in den Wohnräumen zu sorgen.

Um die Reinigung zu erleichtern, muß gefordert werden, daß die Heizkörperverkleidungen allenthalben abnehmbar eingerichtet werden. Jeder Heizkörper, der nicht an allen Stellen zugänglich ist, bedeutet eine Gefahr für die Gesundheit. Die Gußeisenkörper müssen täglich feucht abgewischt werden, damit nicht der darauf abgelagerte Staub zu unendlich feiner Asche verbrennt und den Raum mit alembeklemmender Substanz erfüllt. Wenn dieser verbrannte Staub in die Atmungsorgane gelangt, entstehen Reizungen und Entzündungen der Schleimhäute, die das bekannte Trockenheitsgefühl zur Folge haben.

Auch der anderen Ursache anscheinender Lufttrockenheit, der Ueberheizung, kann man mit Leichtigkeit vorbeugen. Anstelle der früher gebräuchlichen Dampfheizung für Wohnräume ist man jetzt wohl allenthalben zum System der Warmwasserheizung übergegangen. Bei ihr werden gewöhnlich im Keller des Hauses ein oder mehrere verhältnismäßig kleine Kessel aufgestellt, die von einem Heizer, in der Regel vom Portier, bedient werden. Schon bei ganz geringer Anwärmung des Kessels beginnt das Wasser in der Rohrleitung zu zirkulieren, und deshalb ist bei der Warmwasserheizung die Möglichkeit gegeben, durch Regulierung der Kesselfeuerung einen sich nach dem Wetter richtenden Unterschied der Intensität zu machen. Bei strengster Kälte soll die Wassertemperatur 80 bis 90 Grad Celsius nicht übersteigen. Man sei vornehmlich darauf bedacht, daß eine Zimmertemperatur von 19 Grad Celsius nicht überstiegen wird. Dies läßt sich durch sicher wirkende Regulierventile mühelos erreichen, indem man den Hebel entsprechend einstellt. Die Regelung in der Gesamtheit des zu beheizenden Hauses ist bei richtig bemessener Rohrleitung mit größter Vollkommenheit durch Regulierorrichtungen zu erzielen, deren es eine ganze Anzahl vorzüglich wirkender Konstruktionen auf dem Markte gibt. Bei einigermaßen aufmerksamer Bedienung der Zentralheizung erscheinen Klagen über trokkene Luft gänzlich ausgeschlossen. Wenn Zentralheizungen in dem Rufe stehen, die Luft auszutrocknen, so ist daran lediglich die mangelhafte mangelhafte Art des Betriebes schuld. T.J.K.

Die Wirkungen der Wehrbeitrags-Milliarde.

Die Monatsschrift des Vereins Deutscher Ingenieure, „Technik und Wirtschaft", Novemberheft, bringt eine volkswirtschaftliche Betrachtung über die Wirkungen des Milliardenopfers aus der Feder Felix Stahls, Direktors in Poldihütte-Berlin, aus welcher nachstehender Auszug von Interesse sein dürfte, insofern er die Hingabe der Milliarde in ihrer Wirkung auf die Volkswirtschaft darlegt.

Auf die Frage. Wird dem geopferten Geld seine fortzeugende Wirkung geraubt? erfolgt die bündige Antwort: Das Heer wird um etwa ein Drittel vermehrt, und das bedeutet in wirtschaftlicher Hinsicht nichts anderes, als daß der Staat noch mehr als bisher Käufer einer riesigen Zahl von Waffen, Pferden, Wagen, Maschinen, Kleidung, Lederzeug usw. wird; es müssen neue Kasernen, Lazarette usw. gebaut und muß für die Verpflegung der vermehrten Mannschaften gesorgt werden. Das Geld wird hiernach rasch wieder abgegeben, da ja der Zweck der Aufnahme in kurzer Zeit erreicht sein soll.

Ein Teil des Wehrbeitrags wird als Rücklage in den Juliusturm gelangen; da jedoch für die Hälfte des letzteren Betrages gesetzlich Noten abgegeben werden dürfen, so kommt der weitaus größte Teil der Milliarde wieder in Umlauf, und der Strom durchläuft die Staatskasse nur in erhöhter Stärke. Der Geldstrom wendet sich dem skizzierten Zwecke zu und wird zum größten Teil von denen abgelenkt, die mit dem Zweck der Armeevergrößerung nichts zu tun haben. Es bleiben daher unmittelbar unberührt der Effektenmarkt, der Luxus und die in das Riesenhafte gewachsene Industrie für die Bedürfnisse der Frauen.

Eine erschöpfende Antwort auf die Frage: „Sind die Wirkungen des Wehrbeitrags von Vor- oder Nachteil für das Wirtschaftsleben Deutschlands?" wäre nur dann zu erhalten, wenn die Einzelwirkungen bis in die äußersten Verästelungen des Wirtschaftslebens verfolgt werden könnten. Dies ist jedoch nicht möglich; wohl aber liegt es auf der Hand, daß die Armeelieferanten für sich aus dem zufließenden Milliardenstrom Vorteile schöpfen werden. Der eine Teil der Produktion hat also deutlich Vorteile gegenüber dem andern. Ein Endzustand läßt sich im voraus nicht bestimmen, und es kann günstigenfalls mit Sicherheit nur darüber etwas ausgesagt werden, ob ein wirtschaftliches Ereignis auf das Wirtschaftsleben eines Landes fördernd oder hemmend wirken wird.

Um zu ermessen, welchen Raum im Wirtschaftsleben eines Landes eine Milliarde einnimmt, wird zunächst erwähnt, daß der Umsatz der Reichsbank im deutschen Wirtschaftsleben alles beherrscht und überragt; dieser Umsatz stieg im Jahr 1912 auf 414 Milliarden Mark, und diese Zahl kann gewissermaßen eine Maßstabszahl für den Geldstrom im Lande darstellen. Das deutsche Volksvermögen wird zur Zeit auf mehr als 300 Milliarden geschätzt, und es wird, um diesen Bestand zu schützen, jetzt schon jährlich eine Milliarde für Heer und Marine ausgegeben.

Aus der durchschnittlichen Einnahme auf den Kopf der Bevölkerung Preußens von 385 Mark im Jahre 1905 gegen 458 Mark im Jahr 1910 berechnet sich die Gesamteinnahme Preußens bei 37,3 Millionen Einwohnern im Jahr 1905 auf 14,36 Milliarden und im Jahr 1910 bei 40,1 Millionen Einwohnern auf 18,35 Milliarden Mark. Auf das ganze Deutsche Reich würde sich bei gleicher Einnahmeannahme pro Kopf die Gesamteinnahme im Jahre 1905 auf 23,3 Milliarden und im Jahre Jahre 1910 auf 29,7 Milliarden berechnen; hiernach wäre in den fünf Jahren eine Steigerung um 6 Milliarden zu verzeichnen. Wenn nun auch das Einkommen in Preußen pro Kopf großer sein sollte, als im übrigen Deutschland, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß in dem Zeitraum von 1905 bis 1910 im Deutschen Reich mindestens eine Milliarde jährlich mehr verdient worden ist. Diese Zahlen sind den Steuereinschätzungen entnommen, und es kann daher angenommen werden, daß dieses Ergebnis wohl zu niedrig angesetzt ist. Diese Annahme findet auch eine Stütze in der Zunahme der Guthaben der deutschen Sparkassen, da die Einlagen in den letzten 6 Jahren auf mehr als eine Milliarde jährlich gestiegen sind.

Die Versicherungsgesellschaften in Deutschland zum Schutze der greifbaren Werte des mobilen und immobilen Besitzes gegen Feuer, Wasser, Diebstahl usw. nehmen nach der Statistik jährlich 290 Millionen, für Lebensversicherungen 614 Millionen und für Unfallversicherungen 100 Millionen Mark ein — hiernach zusammen rund eine Milliarde.

Für die staatliche Arbeiterversicherung wurden im Jahre 1911 von den Arbeitgebern 442 Millionen, von den Arbeitnehmern 394, mit dem Reichszuschuß insgesamt 999 Millionen, also fast eine Milliarde Mark in einem Jahre bezahlt, von denen 80 Prozent den Arbeitnehmern zuflossen. Seit dem Bestehen, d. i. seit 1885, hat Deutschland für die Arbeiterversicherung 12,6 Milliarden aufgebracht, und das Zurückströmen dieser Riesensumme ist ausschließlich auf die minder Bemittelten erfolgt — eine wirtschaftlich wichtige Tatsache! Schon vor 25 Jahren, als Deutschland sich noch nicht des jetzigen wirtschaftlichen Wohlstandes erfreuen durfte, mußte also ganz außerhalb der üblichen Ausgaben eine jährlich steigende Summe aufgebracht werden, welche der heute verlangten nahezu gleichkommt; und trotzdem ist Deutschland dieser Forderung ohne erhebliche Schwierigkeiten nachgekommen, und das Vermögen hat ständig zugenommen.

Was das ständige Auf und Ab des Börsenspieles für Werte in sich schließt, gibt ein Aufsatz im Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung" Nr. 118 an; darin wird der Verlust an Effekten des Berliner Kurszettels im ersten Halbjahr 1913 auf nicht weniger als 2 Milliarden Mark beziffert; wenn hierbei auch von einem volkswirtschaftlichen Verlust nicht geredet werden kann, so steht man hiermit doch auf einer wirtschaftlichen Welle, die auf Zeit und Menge bezogen, zwölfmal größer aussieht, als das Milliardenopfer. Welche Summen die steigenden Verluste beziffern, die jährlich durch Konkurse in Deutschland entstehen, mag daraus entnommen werden, daß diese in den letzten Jahren nie unter 300 Millionen lagen, und daß die ausgefallenen Beträge der nicht bevorrechtigten Konkursforderungen im Jahre 1911 schon 362,7 Millionen erreicht haben.

Eine starke Schwankung weist der Pfandbriefmarkt auf. Es wurden im vergangenen Jahre rund 320 Millionen weniger als sonst umgesetzt, während früher im Absatz an Pfandbriefen eine jährliche Steigerung von rund 500 Millionen statt-

fand. Dieser bemerkenswerte Rückgang hängt innig zusammen mit der schon lange daniederliegenden Bautätigkeit, und es zeigt sich hierin deutlich die wellenartig fortlaufende Wirkung einer starken Unruhe auf diesem Gebiete des Wirtschaftslebens. Es sei noch erwähnt, daß die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1911—1912 1,22 Milliarden an Dividenden ausgeschüttet haben.

Das bis jetzt Gesagte genügt als Maßstab für den Vergleich bei der Frage, welchen Raum in unserem Wirtschaftsleben eine Milliarde Mark einnimmt. Es ist dabei zu beachten, daß die hier vorgeführten Größen ausnahmslos Jahreswerte darstellen, denen von dem in 3 Jahresraten zu bringenden Milliardenopfer nur der dritte Teil, also rund 335 Millionen, gegenüber zu stellen sind, wenn man den Einfluß dieser Summe auf das gesamte Wirtschaftsleben richtig abschätzen will. Der Vergleich ergibt, daß der Wert der 335 Millionen immer noch eine wuchtige Größe darstellt, daß jedoch so viel sicher ist, daß die Riesengröße der Milliarde, auf 3 Jahre verteilt, eine Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens nicht hervorbringen kann; dazu sind die anderen Summen und deren Kräfte viel zu groß.

Bei der Bedarfsartikeln für die Erweiterung der Armee handelt es sich vorzugsweise um solche, deren Rohprodukte sich im Inlande bereits befinden, welche Rohprodukte, wie auch diejenigen Rohprodukte, welche für die betreffenden Fabrikate vom Ausland bezogen werden müssen, im Inlande ihre Veredelung finden; es ist daher sicher anzunehmen, daß der durch den Wehrbeitrag erfolgende Geldstrom einen günstigen Einfluß auf die Erwerbstätigkeit haben wird, so daß das Bedenken etwaiger nachteiliger Folgen für die gesamte Wirtschaft schwindet. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß der Wehrbeitrag nicht vom ganzen deutschen Volk zu bezahlen ist, sondern nur von dem bemittelteren Teil mit höherem Jahreseinkommen und mit bestimmten Minimal- und höherem Vermögensbetrag; es zeigt sich hienach die günstige volkswirtschaftliche Wirkung, daß der der Zahl nach weit kleinere Teil der Bemittelten geben, wogegen die an Zahl weit überwiegende Masse den größten Teil der Milliarde in Form von Gewinnen und Arbeitslöhnen empfangen wird. Nachdem jedoch der von den Besitzenden und von Leuten mit höherem Einkommen zu bezahlende Wehrbeitrag auf 3 Jahre verteilt wird, ist auch ein ernstlicher Nachteil für die verminderte Kaufkraft derselben nicht zu befürchten, da die einzelnen aufzubringenden Beträge eine solche Höhe nicht erreichen, und es wird daher die Wirkung des Wehrbeitrages für das deutsche Wirtschaftsleben im allgemeinen keine fühlbaren Schwankungen mit sich bringen; der Effektenmarkt, die Luxusindustrie und die Damenkonfektion werden wohl um den Teil des Mehrabsatzes gebracht, der ihnen ohne die abgeleitete Milliarde zugekommen wäre; im übrigen und größeren Teil des Geschäftslebens wird aber die Milliarde eine viel zweckmäßigere Form für ihre Verwendung finden als sonst.

Aus allen diesen Erwägungen ist daher die berechtigte Behauptung zu folgern, daß die beabsichtigte Verwendung der Milliarde zur Hebung des Volkswohlstandes beitragen wird. Nicht ohne Einfluß auf die wirtschaftliche Wirkung des Wehrbeitrages wird die zur Opferzeit herrschende Wirtschaftslage sein, insofern die Beiträge bei steigender Weltkonjunktur leichter aufzubringen sind, wogegen in guten Zeiten die vorteilhafte Wirkung der Staatsaufträge weniger fühlbar sein werden. Bei Rückgang der Weltkonjunktur dagegen, die mit Deutschlands Konjunktur im allgemeinen parallel läuft, tritt jedoch die Erscheinung ein, daß die Konjunktur Deutschlands nicht mitzusinken braucht oder doch nur verzögert zurückgeht, insofern die Aufträge der Wehrbeitragsmilliarde einer gefürchteten Arbeitsnot in Deutschland entgegenarbeiten kann.

Deutschland.

Berlin, 21. November.

Gegen Duell und Alkohol soll sich Kaiser Wilhelm in Unterredungen mit dem amerikanischen Milliardär Andrew Carnegie recht energisch ausgesprochen haben. Der Kaiser habe Carnegie hinsichtlich des Unwesens des Duells erklärt, daß er noch weitere Maßnahmen dagegen zu treffen gedenke. Der Kaiser sei besonders über die günstige Wirkung erfreut, die seine bisherigen Erlasse gezeitigt hätten. Die Duelle sind tatsächlich in letzter Zeit um rund 35 v. H. zurückgegangen. Der Kaiser hoffe dahin zu gelangen, daß die Duelle vollkommen im Heere aufhören werden. Ferner habe der Kaiser mit Carnegie noch über die Alkoholfrage gesprochen, der er seine größte Aufmerksamkeit zuwende. Die Temperenzhaltung des Kaisers gegenüber dem Alkohol hätte, laut Carnegie, nicht nur im deutschen Heere und in der Marine die bedeutendsten Erfolge aufzuweisen, sondern auch im ganzen deutschen Volke. Der Kaiser habe mit Freuden von diesem schönen Erfolge seiner Anregung gesprochen.

Absolute Bestätigung haben bisher Carnegis Erzählungen nie gefunden. Jedenfalls, wenn der Kaiser das Duell ganz abschaffen will, so wird es aufhören.

* **Der Bundesrat** hat in seiner gestrigen Sitzung den zuständigen Ausschüssen überwiesen:

Die Internationale Uebereinkunft, betreffend Maßregeln gegen Pest, Cholera und Gelbfieber, den Entwurf eines Besoldungs- und Pensionsetats der Reichsbankbeamten auf das Jahr 1914, die Reichshaushaltsrechnung 1912, den Entwurf von Bestimmungen über die Produktionsstatistik der Kohlen-, Eisen- und Hüttenindustrie, und das Abkommen mit Bulgarien, betreffend Anerkennung der Identitätszeichen an Warenmustern, die von Handlungsreisenden eingeführt werden. Die Zustimmung wurde erteilt dem Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Uebergangsbestimmungen für die Krankenversicherung nach der R.V.O., dem Entwurf von Uebergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung und dem Entwurf eines Gesetzes zur Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens. Zur Annahme gelangten die Etats für 1914 der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, der Reichsdruckerei, der Verwaltung der Reichseisenbahnen, der Reichsjustizverwaltung, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei, des Reichseisenbahnamts, des Rechnungshofes, des Auswärtigen Amtes, des Schutzgebietes Kiautschou, der Verwaltung der kaiserlichen Marine, des Reichskolonialamts, der Schutzgebiete ausschließlich Kiautschou, der Schutzgebietsschuld, der Schutzgebiets-Hauptetat, die Etats des Reichsmilitärgerichts, des Allgemeinen Pensionsfonds und des Reichsheeres.

* **Neue Stellen im Reichspostamt.** Nach Blättermeldungen soll der Etat der Reichspostverwaltung auf das Jahr 1914 folgende neue Stellen vorsehen: eine für einen vortragenden Rat im Reichspostamt, zwei für Oberposträte, 17 für Posträte, 8 für Oberinspektoren, zwei für Hilfreferenten, eine für Oberpostkassen-Kassierer, 8 für Bausekretäre, 40 für Bureaubeamte, 74 für Postgehilfinnen bei den Oberpostdirektionen, 10 für Unterbeamte beim Postzeitungsamt, 100 für Landbriefträger, 257 neue Stellen zur Beförderung von Sekretären zu Oberpostsekretären, Postmeistern usw., 377 neue Stellen zur Beförderung von charakterisierten Sekretären zu etatsmäßigen Sekretären, 2817 neue Stellen zur Anstellung von Assistenten. Umgewandelt werden 30. Postämter 2. Klasse in Postämter 1. Klasse, 30 Postämter 3. Klasse in Postämter 2. Klasse und 30 Postagenturen in Postämter 3. Klasse. Neu geschaffen werden 200 Postagenturen. — Wir geben diese Mitteilungen wieder, können sie aber auf ihre Richtigkeit nicht nachprüfen, da der Etat bisher noch nicht veröffentlicht worden ist, sondern noch der Entscheidung des Bundesrats unterliegt.

Vermischtes.

* Karlsruhe, 13. Nov. In Pforzheim erkrankten 12 Personen nach dem Genuß von verdorbener Milch an Typhus. Ein Knabe ist bereits gestorben.

* Uralsk, 20. Nov. Lungenpest ist in Issimtjube bakteriologisch festgestellt worden. Bis zum 18. November waren 85 Personen daran erkrankt, von denen 45 gestorben sind.

* Isegrim. In Lothringen erschien der Wolf nach den Feldzugsjahren 1870-71 noch als häufiger Gast. Die Okkupation namentlich der nördlichen Gelietsteile Frankreichs am Fuß der Ardennen hatte eine große Beunruhigung der Jagdreviere hervorgerufen, so daß eine starke Invasion von Tau und Wolf in die benachbarten Reichslande und bis zur Pfalz stattfand. Sagt doch schon eine alte lothringische Jagdregel: „Sind viele Sauen da, fehlt's an Wölfen nicht." Die Zahl der von 1870 bis zum Jahre 1880 in den Reichslanden erlegten Wölfe betrug nach dem Kosmos 195 Wölfe . . . Die französische Jagdliteratur widmet dem Wolf, der jetzt auch dort seine Tage gezählt sieht, noch manche Erinnerungen. So berichtet in der illustrierten Zeitschrift Die Jagd (La chasse illustree) Graf M. von einem mißglückten Zähmungsversuch eines Jungwolfs: „Ein Forstarbeiter namens Mathis hatte im Walde von Saintonge einen jungen Wolf gefangen, den er wie einen Hund aufzog. „Goriot", so nannte man das Wölflein, war äußerst wachsam, so daß die Landstreicher einen großen Umweg machten. Der Wächter M. ging häufig in die Stadt und überließ der Wachsamkeit Goriots sogar seinen kleinen vierjährigen Jungen. So weit ging alles gut, der junge Wolf war schon drei Jahre alt, als eines Tages Mathis, der Witwer war, wieder zur Stadt ging. Verhängnisvollerweise vergaß er, den Wolf vorher zu füttern; das hungrige Tier stürzte sich auf das Kind, zerfleischte es und entwich dann in den Wald, um nie mehr gesehen zu werden. Der unglückliche Vater starb fast vor Gram. Er kam vor das Gericht, wo er wegen fahrlässiger Tötung sich verantworten mußte." . . . Auch ein Herr v. P. in München, der von einem Verwandten aus Galizien ein etwa 20 Tage altes Wölflein als Geschenk erhalten hatte und das ihm in einer Virginiazigarrenkiste übersandte Tier mit der Flasche aufzog, kam wegen Haltens eines Raubtiers, als das „Wolferl" schon mehrere Jahre alt war, vor Gericht und wurde zu einer Geldstrafe verurteilt.

(—) Wieviel die Welt Frankreich schuldet. Eine lehrreiche Berechnung der Summen, die Frankreich im Verlaufe der letzten drei Jahrzehnte an das Ausland verliehen hat, veröffentlicht der Senator Cornet im Journal. Berücksichtigt sind dabei nur die Staatsanleihen fremder Länder. Es ergibt sich alsdann folgendes Bild: von 1881—88 verlieh Frankreich an fremde Staaten 3200 Millionen Frs., von 1889—93 7788 Millionen, von 1894—98 5527 Millionen, von 1899—1903 5162 Millionen, 1904—1908 6662 Millionen und von 1909—1911 5543 Millionen Frs. Zur richtigen Beurteilung dieser gewaltigen Ziffern muß im Auge behalten werden, daß in ihnen das für auswärtige Industrieunternehmungen, Eisenbahnen und Bergwerke angelegte französische Kapital nicht berücksichtigt ist. Im Laufe der letzten 6 Jahre nahm der französische Geldmarkt nicht weniger als 29 Milliarden Frs. auf, davon 21 Milliarden ausländische Papiere und Schuldverschreibungen und nur 8 Milliarden französische Papiere. Alles in allem hat Frankreich rund zwei Drittel seines beweglichen Kapitals im Auslande angelegt.

Bekanntmachung.
Ladefristen
der städt. Ring- u. Hafenbahn Neuß.

Zeit der Gestellung	Rückgabe bei Ent- oder Beladung	Rückgabe bei Wiederbeladung an der Entladestelle
Nachts od. vormittags.	Am gleichen Tage nachmittags 6 Uhr.	Am folgenden Werktage mittags 12 Uhr.
nachmittags.	Am folgenden Werktage Mittags 12 Uhr.	Am folgenden Werktage nachm. 6 Uhr.

Der Aufforderung des Bahnpersonals zu Räumung der Gleise ist jederzeit sofort zu entsprechen. Bei Ueberschreitung der obigen Fristen werden die tarifmäßigen Wagenstandgelder erhoben.
Neuß, den 8. November 1913.
Städt. Hafen- und Bahnamt.

Zuchtviehmarkt Dinslaken.
Montag, den 24. November ds. Js.,
findet ein eingeschobener Zuchtviehmarkt statt.
Nachdem der letzte eingeschobene Markt recht gut beschickt war, ist ein großer Auftrieb zu erwarten.
Die Marktverwaltung.

Zwangs-Versteigerung
Am Samstag, den 22. Nov. cr., nachmittags 3 Uhr, soll zu Neuß im Versteigerungslokale Drusushof:
Ein Küchenherd
durch den Unterzeichneten öffentlich gegen gleich bare Zahlung versteig. werden.
Droß, Gerichtsvollzieher.

Zwangs-Versteigerung
zu Neuß im Versteigerungslokale
durch den Unterzeichneten öffentlich gegen gleich bare Zahlung versteig. werden.
Droß, Gerichtsvollzieher.

— Haus —
enth. 6 Räume, Keller u. Stall für 24 M monatl. Miete zu vermieten.
Neußerfurth, Buschhausen Nr. 81.

Abgeschl. Hochparterre, 4 Z. m. g. Verand. z. 32 M. z. verm. Joseffstr. 120, 2. E.

Wohnung
Nähe der Kirche gelegen, zu vermieten.
Frankenberg, Grimlinghausen.


Mittwoch, den 26. Nov. cr., vormittags 10 Uhr zu Corschenbroich in der Wirtschaft Kronen und am selben Tage, nachmittags 1 Uhr zu Kleinenbroich in der Wirtschaft Meyer, am Bahnhof, verkauft Herr Schütte große Partieen
hochtragende und tragende Schweine,
beste Rasse, auf Credit gegen Bürgschaft evtl. gegen Bar.
Burgwaldniel. Robert Wentges.


Dienstag, den 25. Nov., vormittags 10 Uhr, verkauft Herr Ingenrieth in der Wirtschaft August Erren an der Bahn zu Kaarst eine Partie
hochtragende Schweine,
bester, schwerer Rasse, gegen Kredit evtl. Bar.
Amern St. Georg. Arnold Lentzen.

2 schöne Zimmer zu vermiet. Friedrichstr. 4.

2 Anbau- u. 1 Speicherzimmer sofort zu vermiet. Büttgerstr. 41.

Mobilar-Verkauf zu Neuß.
Montag, den 24. Nov. cr., mittags 1 Uhr, läßt Herr Wilh. Becker zu Neuß in seiner Wohnung daselbst, Kanalstr. Nr. 19, die nachbeschriebenen gebrauchten Gegenstände, wegzugshalber öffentl. gegen Baarzahlung versteigern, nämlich:
1 Bade-Einrichtung mit Kohlenfeuerung, 2 Kleiderschränke, 2 Bett., versch. Nachtskonsole, Waschkommode, 1 große Mangel, Vertikow, große u. kl. Spiegel, Bilder, Regulatoruhr, Tische, Schrankpult, Copierpresse, Plüschsofa, Sofa und 2 Sessel, 4 Dauerbrenner, Vorhänge, Nähmaschine, 1 Dreirad, Gartenegge, Einmachfässer u. Töpfe 2c.
Besichtigung vor dem Verkauf.
Neuß. Adam Schwarz, Auktions- u. Kommissionsgeschäft, Kapitelstraße 27. Telef. Nr. 471.

Der den Erben Jul. Zimmermann zu Neuß gehörende ca. 2 Morg. große
Garten
an der Obererft mit sehr vielen Obstbäumen bester Sorten, Spargelanlage 2c. ist zu verpachten, durch
A. Schwarz, Aukt.- u. Komm.-Geschäft, Capitelstr. 27. Tel. 471.

Verschiedene Wohn- und **Geschäftshäuser** zu Neuß sind unter günst. Beding. unter der Hand zu kaufen durch
A. Schwarz, Aukt.- u. Komm.-Geschäft, Capitelstr. 27. Tel. 471.

Schönes herrschaftliches **Haus**
in der Breitestraße ist umständehalber billig u. unt. günst. Beding. zu kaufen.
Neuß. Adam Schwarz, Aukt.- u. Komm.-Geschäft, Capitelstr. 27. Tel. 471.

Unterhaus
4 Räume, Mansarde, Kellerraum, Bleiche vorhand., per sof. od. später an ruh. Familie zu vermieten.
Kanalstr. 31.

Gut möbliertes **Wohn- u. Schlafzimm.** in nur besserem Hause per 1. Januar gesucht.
Offerten unter P 248 an die Exped. d. Ztg.

Hoher Verdienst!
In allen Städten und Orten werden rührige
Vertreter
als Alleinverkäufer für meine großartige Neuheit (Kohlensparer) sofort gesucht. Hoher ständiger Verdienst garantiert.
Näheres durch:
C. Kaemmerer, Düsseldorf-Oberkassel, Tannhäuserst. 1

Für Vertrieb v. Haushaltartikel Herren u. Damen bei hoh. Verdienst für dauernd gesucht. Angebote nach Kapellen-Wevelinghv., Bahnstr. 9. Persönl. Vorstellung vorm. 8—12 Uhr.

Strebs. nücht. Mann sucht Vertrauensp. Kaut. kann gestellt werd. Gut. Zeugn. u. Empfehl. zu Diensten. Offerten u. R 249 an die Exp. erbeten.

Tüchtige erfahr.
Schlosser
finden Beschäftigung.
Rhein. Schrauben- u. Mutternfabrik Bauer & Schaurte.

In der Nähe von Neuß ein tüchtiger solider
Pferdeknecht
zum 1. Febr., am liebsten Landw.-Sohn, zu 4 Pferden gesucht.
Wo, sagt die Exp.

Bess. Beamtenfamilie a. d. Lande sucht zu Lichtmeß ein bess. fleißiges kathol.
Mädchen
als Stütze für alle Hausarbeit.
Näheres in der Exp.

Braves und fleißiges **Mädchen**
gegen guten Lohn gesucht. Zeugnisse erbeten. Drususstraße 81, 2. Etage.

Braves fleißiges
Mädchen
das melken kann, zum 1. Febr. ges., da jetz. Mädchen nach lang. Dienstzeit nach Hause k. muß. Selb. hat Gelegenh. alle Hausarb. u. die Küche vollst. z. lernen. bei gut. Behandl. u. Fam.-Anschluß. — Off. unt. O 247 an die Exped. d. Ztg.

Mädchen vom Lande sucht Morgenstelle.
Auskunft in der Exped.

Mädchen
14 Jahre alt, sucht Stelle jetzt od. zu Lichtmeß.
Auskunft in der Exp.

Ausschneiden! Aufbewahren! Augen auf! — Beim Möbelkauf —
Wo kauft man am besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen, einzelne Möbel, Dekorationen 2c.? Direkt in dem großen fachmännisch geleiteten Spezial-Möbel-Geschäft von Jak. Froitzheim Schreinermeister. (Polster- u. Schreinerwerkstätt. im Hause) Köln a. Rhein, Weidenbach 6 a. d. Weyerstraße Tel. B 5501 gegr. 1898
Fortwährend Gelegenheitskäufe! Einfache, bürgerliche, sow. feinst. Wohnungs-Einrichtungen, ca. 100 kompl. Wohn-, Schlafzimmer- u. Küchen-Einrichtungen.
Trotz der bekannt billigen Preise, gewähre ich bis Weihnachten Vorzugspreise. — Lieferung auch nach auswärts frk. m. eig. Fuhrwerk.
In Ihrem eigenen Interesse kaufen Sie im alt-renomierten Möbelkaufhaus
Jak. Froitzheim Köln Rh. Weidenbach 6 a. d. Weyerstraße. — Tel. B 5501.

Hautausschläge,
Ekzeme beseitigt schnell und sicher Providol Seife D.R.P. Durch regelmäßige Waschungen wird gesunde, schöne Haut erzielt. Preis pro Stück 80 Pf., Probestück 50 Pf.
Zu haben in Neuß:
Central-Drogerie, Niederstr. 85
Hansa-Drogerie, Büchel 43
Hubertus-Drog., Niederstr. 61
Schwanen-Drog., Niederstr. 9.
Muster u. Broschüre gratis durch
Providol Ges. m. b. H., Berlin NW.

Nähmaschine billig zu verkaufen. Niederstr. 6.

Ueberzieher, Damenmantel, Pelz u. Kreppbut g. erh. b. z. verk. Wo sagt die Expedition.

Aufpolstern von Sofas u. Matratzen billigst B. Ritschel, Hymgasse 8.

Ulster
Paletots, Anzüge
in erstklassiger Qualität.
Auf Wunsch
Zahlungserleichterung.
Herm. Sack
Inh.: **Norb. Bloch**
Kapitelstr., Ecke Tückingstr.
Parterre und 1. Etage.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a.G.
(Alte Stuttgarter)
Gegründet 1854.
Seit Bestehen der Bank eingereichte Anträge:
über 2 Milliarden Mark.
Alle Überschüsse den Versicherten.
Seitherige Ueberschüsse . . 217 Million. Mk.
Seither ausgezahlte Vers.-Summ. 302 Million. Mk.
Auskünfte erteilt Hub. Wilberz, Kaufmann, Grevenbroich.

M. Schreuer, Brandgasse 5
empfiehlt sich im Anfertigen
einfacher und eleganter Damenkleidung.

Kreis-Pferde-Zucht-Verein Neuß.
Einladung zur General-Versammlung
am Montag, den 24. cr., nachmittags 3 Uhr, im Hotel Pelzer Neuß.
Tagesordnung:
1. Geschäftliche Mitteilungen. (Versicherungsvertrag Ausstellung.)
2. Die Krankheiten der Saugfohlen u. der Stuten sowie die erste Hilfeleistung. Ref.: Tierarzt Mainz.
3. Verschiedenes.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorsitzende: Dr. von Brandt, Königl. Landrat.

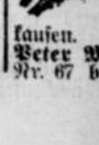
Rindfleisch
nur 75 Pfg. das Pfd.
Schwanz-, Hüfte- u. Kantstücke,
nur 80 Pfg. das Pfd.
A. Schieren, Münsterstraße 12.


Verkaufe billig
3 prima Stuten, sowie 1 erstkl. junge tragende Stute.
A. Kalkmann, Dormagen, Hauptstr.

Ein 14jähriges **Pferd** und 100 Zentner **Möhren** hat abzugeben
Peter Hannen, Büttgen-Driesch.

„Warm zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinal-Seife gegen unreine Haut.
Pickel,
Mitesser Knötchen Pusteln usw. Spezialarzt Dr. W.'s a St. 50 ₰ (15%ig) u. 1,50 M (35%ig, stärkste Form). Dazu Zuckoh-Creme (a 50 u. 75 ₰. Bei W. Becker.

Düsseldorfer Stadttheater.
Samstag, 22. November, abends 7½ Uhr: Kater Lampe.
Sonntag, 23. November, abends 7 Uhr: Faust und Margarete.
Montag, 24. November, abends 7½ Uhr: Die Barbarina.
Dienstag, 25. November, abends 7½ Uhr: Martha.
Mittwoch, 26. November, abends 7½ Uhr: Hofgunst.
Donnerstag, 27. November abends 7½ Uhr: Königin Christine.
Freitag, 28. November, abends 7½ Uhr: Mignon.
Samstag, 29. November, abends 7½ Uhr: Rosenmontag.
Sonntag, 30. November, abends 7 Uhr: Undine.


Kanarienhähne und Weibchen, hochprämierte Abstammung, billig zu verkaufen.
Peter Münch, Delrath Nr. 67 bei Nievenheim.